

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Politzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigennahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gäß in Wildbad.

Nummer 78

Februar 179

Wildbad, Mittwoch den 6. April 1921

Februar 179.

55. Jahrgang

Sagespiegel.

In Mitteldeutschland wurden insgesamt 3642 Personen festgenommen. In Breslau wurden 53 Personen verhaftet und verborgen gehaltene Sprengstoffe ermittelt. In Schraplau wurde einer der Haupttätersführer mit 5 Genossen standrechtlich erschossen.

Bei einer Explosion in der Munitionsfabrik Burg bei Magdeburg wurden mehrere Personen getötet und eine größere Anzahl verletzt.

Deutsche Vertreter sind in London eingetroffen, um Fragen betr. die Auslieferung der deutschen Handelsflotte zu beraten.

Erzherzog Karl reiste am Dienstag aus Stein am Anger nach der Schweiz zurück.

Die englische Regierung hat anlässlich des Bergarbeiterstreiks zur Erweiterung ihrer Machtbefugnisse eine Reihe von scharfen Maßnahmen getroffen.

Das griechische Heer befindet sich auf der Linie von Brussa im allgemeinen Rückzug.

Nach einer Erklärung des Senators Knox wollen die Vereinigten Staaten den Frieden mit Deutschland. Die darauf bezügliche Entschließung von Knox, deren Einbringung Präsident Harding gebilligt hat, soll im Mai zur Erörterung kommen. Sie enthält nichts über die Entschädigungspflicht Deutschlands.

Der deutsch-amerikanische Schriftwechsel.

Berlin, 5. April.

Gegenüber den Entstellungen in den französischen Blättern sieht sich die Reichsregierung veranlaßt, den bisher geheim gehaltenen Schriftwechsel des Auswärtigen Amtes mit dem amerikanischen Kommissar in Berlin Dressel, zu veröffentlichen. In der Denkschrift Dr. Simons vom 21. März wird dargelegt, daß die Reichsregierung es bedauert, daß es auf der Londoner Konferenz nicht zu einer Einigung in der Entschädigungsfrage gekommen ist. Es ist nicht richtig, wenn Lloyd George behauptet, daß Deutschland nicht zur Entschädigung geneigt sei. Alle verantwortlichen Stellen in Deutschland sind sich darüber einig, daß die deutschen Vorschläge für die Entschädigung der Finanznot bei den Verbündeten, insbesondere bei Frankreich Rechnung tragen müssen. Zwei große Ziele der Entschädigung liegen vor:

1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.
2. Beschaffung sofort greifbarer größerer Darlehen in fremden Wäsen.

Von 86 französischen Departements sind 10, die jahrelang Kampfgelände waren, auf das schwerste betroffen. Für den Wiederaufbau der Häuser, die Wiederkulturmachung und die Wiederbesiedelung des Landes ist aber in den zwei Jahren seit Beendigung des Kriegs nur sehr wenig geschehen. Das wirkliche Interesse an dem Wiederaufbau ist in Frankreich nur gering. Die früheren Bewohner haben vorwiegend Entschädigungen erhalten und sich in anderen Teilen des Landes sesshaft gemacht. Einflußreiche Untertanen-Gruppen sind mit der Verwertung des zurückgelassenen Materials und den Aufräumungsarbeiten befaßt. Sie beschleunigen die Abwicklung ihrer Aufgaben in keiner Weise. Am meisten aber fällt ins Gewicht, daß beträchtliche Kreise in Frankreich in dem zerstörten Gebiet ein außerordentlich starkes politisches Werbemittel erblicken, das bei Einheimischen und Fremden begreiflicherweise stets einen tiefen Eindruck hinterläßt.

Deutschland wird nochmals der französischen Regierung Vorschläge unterbreiten, deren Einzelheiten gegenwärtig mit der deutschen Arbeiterschaft beraten und aufgestellt werden. Hat die französische Regierung Bedenken gegen die Verwendung so zahlreicher deutscher Arbeitskräfte im Wiederaufbaugelände, so wird die deutsche Regierung auch bereit sein, in jeder anderen Form ihre guten Dienste und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Die Beschaffung größerer Geldmittel in fremden Wäsen ist für Deutschland nur durch die starke Steigerung seines Ausfuhrs möglich. Der Finanznot der Verbündeten kann nur im Wege des Kredits Abhilfe geschaffen werden. Die Kreditwürdigkeit Deutschlands ist aber völlig untergraben durch die Verbündeten selbst, die sich im Versailler Vertrag eine General-Hypothek auf den ge-

samten Besitz und die Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle vorbehalten haben. Da Frankreich und England selbst überfordert sind, einer Kreditgewährung seitens Neutralen aber die General-Hypothek entgegensteht, bleibt als einzige Lösung des Kreditproblems nur die Aufnahme einer internationalen Anleihe möglich, zu deren Gunsten die Verbündeten ihre Generalhypothek zurücktreten lassen müssen. Deutschland glaubt, bei zweimögiger Gestaltung der Anleihe und bei Gewährung einer Amnestie für Steuerflucht größtenteils deutsches Kapital in erheblichem Ausmaß für die Anleihe heranziehen zu können. Deutschland wird die Prüfung seiner eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit gern dem Urteil unparteiischer Sachverständiger unterstellen. Die ungeheuren Schäden, die der Weltkrieg angerichtet hat, die ungeheure Schuldenlast, die alle beteiligten Staaten zu tragen haben, können nicht auf die Schultern eines einzelnen Staats gelegt werden.

Der amerikanische Kommissar hat am 20. März als Antwort eine Denkschrift übergeben, die sagt:

Die amerikanische Regierung ist erfreut, in ungezweifelnder Weise den Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, die Entschädigung bis zur Grenze der Zahlungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung halte ebenso wie die verbündeten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher moralisch verpflichtet, Entschädigung zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die amerikanische Regierung glaube den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Verbündeten auf einer neuen Grundlage zu eröffnen und sie hoffe, daß derartige Verhandlungen, einmal wieder aufgenommen, zu einer schnellen Regelung führen mögen, die gleichzeitig den gerechten Ansprüchen der Verbündeten Genüge leisten und Deutschland erlauben, so jammervoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.

Neues vom Tage.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 5. April. Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie über die Bildung der Regierungskoalition haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Die Mehrheit der Sozialdemokraten ist entschieden gegen eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei. Andererseits würden, wenn Ober-Schlesien ein eigener Bundesstaat würde, was ihm für den Fall des Verbleibens beim Reich zugesagt ist, die 22 ober-schlesischen Abgeordneten bis auf drei aus dem preussischen Landtag ausscheiden und die knappe Mehrheit der drei Parteien würde sich in eine Minderheit verwandeln. Die Verhandlungen werden noch fortgeführt, es ist aber fraglich geworden, ob der Landtag am Donnerstag bereits die anberaumte Wahl des Ministerpräsidenten vornehmen wird.

Kaiser Karl reist zurück.

Wien, 5. April. Der Sonderzug, der den früheren Kaiser Karl in die Schweiz zurückbringen wird, ist in Steinamanger eingetroffen. Der Kaiser wird heute abreisen. (Die Meldung, daß er bereits vorgestern in Buchs eingetroffen sei, eilte den Tatsachen also wieder voraus.)

Die Untersuchung der schweizerischen Polizei hat festgestellt, daß die Kaiserin Zita und deren Bruder, Prinz Sigmund von Parma, in den Plan eingeweiht waren; Sigmund begleitete den Kaiser bis Straßburg.

Die Ausfuhrabgabe.

London, 5. April. Auf eine Anfrage im Unterhaus sagte Lloyd George, die Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren werde auch von der belgischen Regierung vorbereitet. Italien, Portugal, Griechenland und Siam haben ihre Absicht kundgegeben, ähnliche Gesetze einzuführen. Die britische Regierung werde außerdem ihre Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren mit Unterpfeisen (Dumping) fortsetzen.

Paris, 5. April. Wie der „Intransigeant“ mitteilt, sind zu dem Geleitzug über die fünfzigprozentige Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Waren nach Frankreich Abänderungsanträge eingebracht worden. Einer derselben verlangt, daß alle Sendungen, die vor dem 17. März Deutschland verlassen haben, von der Abgabe befreit sind.

Das verschleierte Bild von Washington.

Paris, 5. April. Havas meldet aus Washington: Alles scheint darauf hinzudeuten, daß die Pressemeldungen der letzten Tage über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zur Weltlage sich behändigen werden: Einerseits entschiedene Gegnerschaft, und zwar noch mehr in politischen Kreisen als in der öffentlichen Meinung, gegen alles, was die äußere Politik der Vereinigten Staaten an die Politik der Verbandsregierungen im allgemeinen und besonders hinsichtlich des Völkerbunds festsetzen würde; sodann eine Bewegung zugunsten der Entschädigung des Senators Knox für einen Sonderfrieden mit Deutschland und daneben noch, und zwar in politischen Kreisen, zugunsten einer bestimmten Erklärung, daß keine Rede davon sein könne, den Verbandsmächten ihre Schulden zu erlassen, was allerdings ein weitgehendes Entgegenkommen nicht ausschließen sollte. Andererseits habe man Frankreich gegenüber fast einstimmig den Wunsch, es nicht im Stich zu lassen. Deutschland wurde bereits von den Ver. Staaten in Kenntnis gesetzt, daß sie nichts übernehmen wollen, was irgendwie als ein Fossilien der Sache der Verbandsmächte betrachtet werden könnte. Man könne damit rechnen, daß die Entschädigung des Senators Knox zur Annahme gelangen werde mit einem Zusatz, der für die französischen Wünsche befriedigend sei und gleichzeitig der Politik der republikanischen Partei entsprechen würde.

Paris, 5. April. Der amerikanische Senator Knox hat dem Vertreter des Pariser „Matin“ in Washington diesem Blatt zufolge erklärt: Der Friedensvertrag von Versailles und das Völkerbundsstatut enthalte Vereinbarungen über die Grenzen in Mitteleuropa, die die Amerikaner nicht interessieren und Vereinbarungen hinsichtlich des fernem Ostens, denen Amerika nicht zustimmen könne. Die Amerikaner wollten jedoch nicht, daß über die zukünftigen Absichten Mißverständnisse herrschen. Damit weder Deutschland noch sonst jemand sich täusche, werde er seiner Entschädigung einen Zusatz hinzufügen, daß, wenn der „Zivilisation aus Rene eine Gefahr drohe“, wie im Jahr 1914, die Vereinigten Staaten sich sofort bedroht fühlen und mit allen Ländern, die sich in Gefahr befinden, in Verbindung treten würden. Auf die Frage, warum die Entschädigung nicht über die Entschädigungspflicht enthalte, erklärte Knox, der amerikanische Senat habe die Absicht, die Gegenwart zu regeln. Er könne nur die großen politischen Linien der Zukunft festlegen. Die Ansicht Hardings über die moralische und materielle Verantwortlichkeit Deutschlands billige er (Knox) vollkommen.

Die Griechen auf dem Rückzug.

Paris, 5. April. Havas bestätigt, daß das griechische Heer bei Estschefire geschlagen wurde und nun von den Türken verfolgt wird.

Die griechischen Blätter melden, das Ziel der griechischen Truppen sei mit der Einnahme der Stadt Kalamakassar erreicht worden und das Heer sei nun auf die alten Stellungen bei Kowaliga zurückgegangen, nachdem Angora von der Eisenbahnlinie abgeschnitten worden sei.

Türkischerseits wird berichtet, daß Prinz Andreas, der Bruder des Königs Konstantin, an den bei Brussa erlittenen Verwundungen gestorben sei; auch der griechische General Diakopoulos sei gefallen.

Kämpfe in Indien.

London, 5. April. (Reuter.) An der Nordostgrenze Indiens sind in einem Kampf mit dem Mansuhsamm 1 englischer Offizier und 26 indische Soldaten gefallen, 1 Offizier und 25 eingeborene Soldaten verwundet worden.

Basel, 5. April. Laut „Basler Nationalztg.“ ist in Konstanz ein neuer Aufruch gegen die Bolschewisten ausgebrochen. Die rote Garnison in Petersburg ist verstärkt worden.

Helsingfors, 5. April. Wie verlautet, ziehen die Bolschewisten große Truppenmassen an der baltischen Grenze zusammen. 21 Infanterie-Divisionen sollen dort schon eingetroffen sein. Angeblich will Rußland eine Verhörssoffensive gegen Finnland einleiten und gleichzeitig eine bolschewistische Bewegung in Serbien hervorzurufen.

